

Notizen

Nach einer vom Bundesfamilienministerium herausgegebenen Studie „Zur politischen und sozialen Partizipation von Frauen“ sind immer weniger Frauen bereit, im *sozialen Bereich ehrenamtlich zu arbeiten*. Dies werde beträchtliche Auswirkungen in naher Zukunft für den sozialkaritativen Bereich haben. Schon heute sind die dort tätigen Frauen eine „überalterte“ Gruppe, und es zeichne sich keine erkennbare Tendenz ab, daß sich „jüngere Frauen in nennenswerter Zahl“ für diesen Wirkungskreis gewinnen ließen.

Im Mittelpunkt der Beratungen der *Französischen Bischofskonferenz* bei ihrer Vollversammlung in Lourdes stand zur Vorbereitung der Bischofssynode von 1987 die Frage nach der Rolle des Laien in der Kirche. Die Bezeichnung „Laie“ wurde dabei als problematisch bezeichnet. Die französischen Bischöfe sprachen sich dafür aus, die traditionelle Aufspaltung zwischen Priestern und Laien, zwischen denen also, die mehr nach innen wirken, und solchen, die nach außen hin engagiert sind, zu überwinden. Daher sei es notwendig, die Bezeichnung „Getaufte“ wieder neu mit Leben zu füllen, so der Erzbischof von Marseille, *Robert Coffy*, denn die Mission der Kirche sei nicht einer Elite vorbehalten. Sie sei Aufgabe aller derjenigen, die die Taufe erhalten hätten.

Der Prior der ökumenischen Brudergemeinschaft von Taizé, *Roger Schutz*, hielt sich erstmals in Ost-Berlin auf. Gemeinsam mit dem katholischen Bischof von Berlin, Kardinal *Joachim Meisner*, und dem Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, *Gottfried Forck*, feierte Schutz zwei ökumenische Wortgottesdienste, die parallel in zwei Ostberliner Kirchen, der katholischen St.-Hedwigs-Kathedrale und der evangelischen Marienkirche, stattfanden. Nach Besuchen in Dresden, Erfurt, Magdeburg und Schwerin war dies der fünfte Besuch des Priors von Taizé in der DDR. Eine vom staatlichen Rundfunk ausgestrahlte evangelische Morgenfeier war mit Musikaufnahmen aus Taizé und einer Kurzansprache von Frère Roger gestaltet. Im Anschluß an seinen DDR-Besuch reiste Roger Schutz nach Polen, wo ihm u. a. die Ehrendoktorwürde der Katholischen Akademie Warschau verliehen wurde.

Die Verantwortlichen von drei christlichen Bekenntnissen Frankreichs haben zum ersten Mal in einem an den Vorsitzenden des Rates für die Angelegenheiten der Religionen der UdSSR, *Konstantin Chartschew*, gerichteten Brief gegen das Schicksal von Christen in diesem Land protestiert. Der Vorsitzende der Französischen Bischofskonferenz, Bischof *Jean Vil-*

net, der Präsident der *Fédération Protestante*, *Maury*, und der Präsident des orthodoxen Bischofskomitees, *Meletios*, wenden sich vor allem gegen einen Artikel der Gewerkschaftszeitung *Trud*, in dem es geheißen hatte, religiöse Extremisten verbreiteten im Ausland allerlei Gerüchte über eine angebliche Renaissance der Religion in der Sowjetunion, über eine neue Welle von Gläubigen, die in der Religion die sowjetische Wirklichkeit zu vergessen trachteten. In dem Brief wird Chartschew aufgefordert, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um ganz im Sinne der sowjetischen Verfassung jede Feindschaft gegenüber den Gläubigen zu unterbinden.

Die 1983 wegen Veröffentlichung religiöser Gedichte zu 12 Jahren Freiheitsstrafe verurteilte sowjetrussische Schriftstellerin *Irina Ratuschinskaja* ist nach dreijähriger Haft entlassen worden. Eine Reise ins Ausland zu einer klinischen Behandlung wurde ihr von den sowjetischen Behörden trotz zahlreicher Einladungen nicht gestattet. Ihr Mann *Igor Geratschenko* wandte sich deshalb mit einem Bittschreiben an Parteichef *Gorbatschow*, in dem er die Entlassung seiner Frau als Zeichen für einen Gorbatschow zu verdankenden Prozeß des demokratischen Aufschwungs deutete. In einem fast zur gleichen Zeit an die Wiener KSZE-Folgekonferenz gerichteten Appell versicherte das Ehepaar: „Die Antwort auf unser Gesuch wird ein konkreter Beweis dafür sein, wie Menschenrechte in unserem Land erfüllt werden.“

Am Sitz des Weltkirchenrats in Genf fand Ende Oktober ein Treffen von Vertretern von etwa siebzig *nationalen Christenräten* statt, bei dem über die Rolle der Christenräte im Fortgang der ökumenischen Bewegung beraten wurde. In etwa drei Dutzend solcher Räte ist die *Katholische Kirche* des jeweiligen Landes Vollmitglied. Der katholische Theologe *Hervé Legrand* (Paris) stellte auf der Genfer Tagung fest, nationale Christenräte seien „Instrumente der Einheit“. Sie könnten Orte sein, an denen über verschiedene Modelle kirchlicher Einheit nachgedacht werde.

Auf ihrer jüngsten Sitzung entschied die Synode der *lutherischen Kirche Finnlands*, daß *Frauen* künftig zum *Pfarramt* zugelassen werden können. Während die Synode 1984 die Frauenordination noch abgelehnt hatte, stimmten jetzt 87 von 108 Synodalen für die Zulassung von Frauen zum Pfarramt. Neben 2000 Pfarrern gibt es in der finnischen Staatskirche gegenwärtig etwa 1000 Frauen mit abgeschlossenem Theologiestudium. Die meisten von

ihnen arbeiten als Religionslehrerinnen, 250 sind in Kirchengemeinden als Lektorinnen tätig. Dem Beschluß der Synode war ein Mehrheitsbeschluß der Bischofskonferenz für die Frauenordination vorausgegangen. Über die Frage der Frauenordination wird in Finnland schon über 30 Jahre diskutiert. Die entsprechende Verfassungsänderung muß noch vom Parlament gebilligt werden.

Die Generalsynode der *lutherischen Kirche Norwegens* hat am 6. November eine *Friedenserklärung* verabschiedet. Darin wird festgestellt, es könne keine Rechtfertigung für den Einsatz nuklearer Waffen geben. Gefordert wird in der Erklärung auch der Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz. Die Synode sprach sich für gegenseitige, ausgeglichene und kontrollierbare Abrüstungsmaßnahmen aus. Die norwegische Kirche soll sich, so heißt es außerdem in der Erklärung, an dem auf die Einberufung einer internationalen und ökumenischen Versammlung für den Frieden abzielenden Prozeß aktiv beteiligen.

Für einen „friedlichen Übergang zu einer Demokratie für alle“ sprach sich der bekannte Chief-Minister von Kwazulu und Vorsitzende der Südafrikanischen Schwarzen Allianz, *Mangosuthu G. Buthelezi*, auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung über „Menschenrechte – Demokratie – Entwicklung“ aus. Die für Südafrika charakteristische Gewalt beruhe auf dem Zorn der Schwarzen, der durch eingreifende Reformen noch entschärft werden könnte. Buthelezi sprach sich nachdrücklich gegen Sanktionen aus. Sie würden vor allem die schwarze Bevölkerung Südafrikas treffen, unter der die Arbeitslosigkeit dadurch weiter steigen würde.

Der Premierminister von Papua-Neuguinea, *Paiaf Wingti*, hat angekündigt, daß bis zur Einführung des Fernsehens in seinem Land noch einige Zeit vergehen werde. Die Kulturen und Sprachen Papua-Neuguineas seien zu wertvoll, als daß man die Ausstrahlung von Fernsehsendungen im Land ohne klare politische Richtlinien erlauben dürfe. In einer von verschiedenen christlichen Kirchen erarbeiteten Stellungnahme zur Frage des Fernsehens in Papua-Neuguinea heißt es, den Interessen der Einwohner müsse gegenüber allen politischen oder kommerziellen Interessen Vorrang eingeräumt werden.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, des Franz-Sales-Verlages, Eichstätt, und des St. Michaelsbundes, München, bei.